

## SPD plant überparteiliches Bündnis zur Beseitigung des Bahnübergangs

Noch mindestens fünf Jahre wird die Beseitigung des Bahnübergangs Broistedt dauern. Das war das Resümee von sechs SPD-Politikern beim gestrigen Ortstermin. Gemeinsam wollen sie jetzt ein überparteiliches Bündnis schmieden.



Ortstermin am Bahnübergang mit den SPD-Politikern (von links): Landtagsabgeordneter Matthias Möhle, Bürgermeister Hans-Hermann Baas, Klaus Schneck, Stefan Klein (beide Landtagsabgeordnete), Wolfgang Schneider vom Zweckverband Großraum Braunschweig und Ratsfraktions-Chef Gerhard Horaiske.

**Broistedt.** Klaus Schneck, SPD-Landtagsabgeordneter aus Gifhorn, kündigte an, die Beseitigung des höhengleichen Bahnübergangs im Verkehrsausschuss im Landtag auf die Tagesordnung zu bringen. „Wir müssen die zuständigen Stellen davon überzeugen, dass Handlungsbedarf besteht“, sagte der 51-Jährige. Darüber hinaus müsse ein „Bündnis über die Parteigrenzen hinweg“ geschmiedet werden, um die Forderung Lengedes nach Hannover zu tragen. Ziel sei es, eine parlamentarische Initiative in Gang zu setzen. Stefan Klein, SPD-Landtagsabgeordneter aus Salzgitter, der zu dem Treffen eingeladen hatte, erklärte, dass die Notwendigkeit zur Beseitigung des Bahnübergangs dem „neuen“ Verkehrsminister Jörg Bode (FDP) bereits vorgetragen worden ist. Ihm sei bekannt, dass künftig statt 24 Züge täglich 34 Züge im Personennahverkehr auf der Strecke Hildesheim – Braunschweig verkehren sollen. Auf eine kleine Anfrage Kleins an den niedersächsischen Landtag hatte Bode kürzlich geantwortet, dass der Broistedter Bahnübergang auf der Prioritätenliste der Landesbehörde für Straßenbau zu den zehn dringlichsten Projekten zähle. Lengedes Bürgermeister Hans-Hermann Baas (SPD) wies auf die für 2011 geplante Neubewertung der Prioritätenliste hin: „Wir müssen zusehen, dass wir da nicht runter rutschen“, sagte der Verwaltungs-Chef, der die Kosten für die Beseitigung des Bahnübergangs auf 15 Millionen Euro beziffert. Bis zum Planfeststellungsbeschluss, der für den Tunnelbau notwendig ist, würden noch etwa fünf bis sechs Jahre vergehen. Ein genauer Zeitpunkt sei auch aufgrund der Problematik der Finanzierung durch Bahn, Bund und Land schwer festzulegen.*mic*